



Übersicht über das

# **Arbeitsrecht/ Arbeitsschutzrecht**

Dieses Buch ist auf der Grundlage von Einzelbeiträgen  
verschiedener Autoren zusammengestellt worden.

# Vorwort

Liebe Mitbürgerinnen,

Liebe Mitbürger,

Eine moderne Industrie- und Dienstleistungsgesellschaft funktioniert nicht ohne ein effizientes Arbeitsrecht. Gerechte arbeitsrechtliche Regelungen sind die Grundlage für den sozialen Frieden. Sie bestimmen über den wirtschaftlichen Erfolg – der Betriebe, der Volkswirtschaft und der Einzelnen.

Das Arbeitsrecht stellt gleiche Augenhöhe her. Arbeitnehmer und Arbeitgeber haben in Deutschland klar definierte Rechte und Pflichten. Mitbestimmungsrechte gehören dazu und Schutzrechte. Ein ganz wichtiges ist der Kündigungsschutz.

Genauso wichtig ist moderner Arbeitsschutz. Denn gesunde und motivierte Beschäftigte sind unverzichtbar für unternehmerischen Erfolg. Auch in Zeiten von Globalisierung und internationalem Wettbewerb gilt: Sicherheit und Gesundheit bei der Arbeit sind kein Luxus, sondern ein Gütesiegel unserer Arbeitswelt.

Dieses Buch versteht sich als eine Orientierungshilfe.  
Ich wünsche Ihnen eine interessante Lektüre.

A handwritten signature in black ink, consisting of a stylized 'O' followed by a series of loops and a final horizontal stroke.

Olaf Scholz  
Bundesminister für Arbeit und Soziales

# Inhaltsverzeichnis

	Seite		
<b>ABKÜRZUNGEN</b>	XVII	Betriebsverfassungsgesetz	13
		Teilzeit- und Befristungsgesetz	13
		Bundesgleichstellungsgesetz	14
<b>1 GRUNDLAGEN DES ARBEITSRECHTS</b>	1	Sonstige Beschränkungen	14
<b>Aufgaben des Arbeitsrechts</b>	1	Pflichten im Einstellungsverfahren	14
<b>Grundbegriffe des Arbeitsrechts</b>	1	<i>Pflichten des Arbeitgebers</i>	14
Arbeitnehmer/Arbeitgeber	1	<i>Pflichten des Arbeitnehmers</i>	17
Arbeitsverhältnis/Arbeitsvertrag	2	Fragerecht des Arbeitgebers	17
<i>Weisungsrecht des Arbeitgebers</i>	2	<i>Fragerecht vor der Einstellung</i>	19
<i>Eingliederung in den Betrieb</i>	2	<i>Personalfragebogen</i>	23
Handels- und Versicherungsvertreter	2	<i>Fragerecht nach der Einstellung</i>	24
Arbeitnehmerähnliche Personen	3	Gesundheitliche Untersuchungen und Eignungstest	25
In Heimarbeit Beschäftigte	3	<b>Abschluss des Arbeitsvertrages</b>	27
Zur Berufsbildung Beschäftigte	3	Einführung	27
Beschäftigte	3	Abschlussfreiheit und ihre Grenzen	28
Mithelfende Familienangehörige	4	Abschluss eines Arbeitsvertrages mit einem minderjährigen Arbeitnehmer	29
Au-pair-Kräfte	4	Abschluss eines Arbeitsvertrages mit ausländischen Arbeitnehmern	29
Ein-Euro-Jobber	4	<i>Arbeitnehmer aus der Europäischen Union</i>	29
Scheinselbstständige	5	<i>Arbeitnehmer aus Nicht-EU-Staaten</i>	30
Probearbeit/Probezeit	5	<i>Besonderheiten bei der Beschäftigung ausländischer Arbeitnehmer</i>	31
Befristete Arbeit	5	Form des Arbeitsvertrages	32
Leiharbeit/Zeitarbeit/Arbeitnehmerüberlassung	6	<i>Schriftlicher Arbeitsvertrag</i>	32
Teilzeitarbeit	6	<i>Schriftliche Mitteilung der wesentlichen Arbeitsbedingungen</i>	33
Geringfügige Beschäftigung/Mini-Job	6	Sozialversicherungsausweis	35
Telearbeit	6	Vereinbarung des Inhalts des Arbeitsvertrages	35
Betrieb/Unternehmen	6	<i>Gestaltungsfreiheit und ihre Grenzen</i>	35
Betriebsvereinbarungen	6	<i>Verwendung von Formulararbeitsverträgen</i>	36
Tarifverträge	7	Probezeit	39
		Mängel des Arbeitsvertrages	40
		<i>Nichtigkeit des Arbeitsvertrages</i>	40
		<i>Anfechtung des Arbeitsvertrages</i>	41
<b>2 ARBEITSVERTRAGSRECHT</b>	9	<b>Pflichten des Arbeitnehmers aus dem Arbeitsvertrag</b>	41
<b>Überblick</b>	9	Arbeitspflicht als Hauptleistungspflicht	41
<b>Anbahnung des Arbeitsvertrags</b>	10	<i>Pflicht zur persönlichen Arbeitsleistung</i>	41
Einführung	10		
Stellenausschreibung	10		
Allgemeines Gleichbehandlungsgesetz	11		
<i>Rechtsfolgen eines Verstoßes des Arbeitgebers gegen das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz</i>	13		

# Inhaltsverzeichnis

<i>Grundsätzliche Unübertragbarkeit des Leistungsanspruchs</i>	42	<i>Arbeitsunfähigkeit infolge Krankheit</i>	66
<i>Art der Arbeitsleistung</i>	42	<i>Arbeitsunfähigkeit als Ursache der Arbeitsverhinderung</i>	66
<i>Arbeitszeit</i>	43	<i>Ausschluss von der Entgeltfortzahlung</i>	67
<i>Ort der Arbeitsleistung</i>	44	<i>Mehrfacherkrankungen</i>	67
<i>Umfang und Intensität der Arbeitspflicht</i>	45	<i>Beendigung des Arbeitsverhältnisses</i>	68
<i>Weisungsrecht des Arbeitgebers</i>	45	<i>Berechnung der Entgeltfortzahlung</i>	68
Zeitweilige Befreiung von der Arbeitspflicht	46	<i>Anzeige- und Nachweispflicht</i>	70
Nebenpflichten des Arbeitnehmers	47	<i>Zweifel an der Arbeitsunfähigkeit des Arbeitnehmers</i>	71
Handlungspflichten des Arbeitnehmers	47	<i>Pflichten des Arbeitnehmers bei Arbeitsunfähigkeit im Ausland</i>	72
Unterlassungspflichten des Arbeitnehmers	48	<i>Forderungsübergang bei Dritthaftung</i>	73
<i>Verbot der Schmiergeldannahme</i>	48	<i>Entgeltfortzahlung bei Arbeitsunfähigkeit wegen einer Sterilisation oder eines Schwangerschaftsabbruchs</i>	73
<i>Verschwiegenheitspflicht</i>	48	<i>Entgeltfortzahlung bei Kuren</i>	74
<i>Wettbewerbsverbot</i>	49	<i>Unabdingbarkeit</i>	74
<i>Nebentätigkeit</i>	50	<i>Erstattung der gezahlten Entgeltfortzahlung</i>	75
Verletzung der Arbeitnehmerpflichten	51	Entgeltfortzahlung bei persönlicher Arbeitsverhinderung	75
<i>Entgeltminderung</i>	51	<i>Persönliche Leistungshindernisse</i>	75
<i>Kündigung</i>	51	<i>Objektive Leistungshindernisse</i>	76
<i>Schadensersatz</i>	51	<i>Bezahlte Freistellung zur Betreuung eines erkrankten Kindes</i>	76
<i>Mankohaftung</i>	53	<i>Bezahlte Freistellung zum Arztbesuch</i>	76
<i>Haftung des Arbeitnehmers gegenüber Dritten</i>	53	<i>Bezahlte Freistellung zur Stellensuche</i>	77
<i>Haftung des Arbeitnehmers gegenüber Arbeitskollegen</i>	53	<i>Lohnzahlung bei Annahmeverzug</i>	77
<b>Pflichten des Arbeitgebers aus dem Arbeitsvertrag</b>	53	Lohnzahlung bei Unmöglichkeit der Arbeitsleistung, Betriebs- und Arbeitskampsrisiko	78
Vergütungspflicht des Arbeitgebers	53	<b>Erholungsurlaub</b>	79
<i>Entgelthöhe</i>	54	Geltungsbereich des Bundesurlaubsgesetzes	79
<i>Formen der Vergütung</i>	56	Urlaubsdauer	80
<i>Zeitlohn</i>	56	Urlaubsjahr	82
<i>Leistungslohn (Akkord- und Prämienlohn)</i>	56	Wartezeit	82
<i>Naturallohn</i>	57	Anspruch auf Teilurlaub	83
<i>Zuschläge und Zulagen</i>	57	Urlaubskürzung in besonderen Fällen	83
<i>Provisionen</i>	57	Ausschluss von Doppelansprüchen	84
<i>Gewinnbeteiligung (Tantiemen)</i>	58	Zeitliche Festlegung des Urlaubs	84
<i>Gratifikationen (Sonderzuwendungen)</i>	58	Teilung des Urlaubs	85
<i>Sonderfall: Aufwendungsersatz</i>	60	Übertragung des Urlaubs	86
<i>Berechnung und Auszahlung des Arbeitsentgelts</i>	60	Arbeit während des Urlaubs	86
<i>Quittung und Ausgleichsquittung</i>	61	Erkrankung und Urlaub	87
Schutz des Arbeitseinkommens	61	Kuren und Urlaub	87
<i>Pfändungsschutz</i>	61	Urlaubsentgelt	87
<i>Abtretungs- und Aufrechnungsverbote</i>	62	Zusätzliches Urlaubsgeld	88
<i>Insolvenzschutz</i>	63	Urlabsabgeltung	89
<b>Lohnzahlung ohne Arbeit</b>	63	Vererblichkeit des Urlaubsanspruchs	90
Entgeltfortzahlung am Feiertag	63	Abdingbarkeit, Tarifverträge	91
<i>Arbeitsausfall infolge eines Feiertages</i>	63		
<i>Berechnung der Feiertagsvergütung</i>	64		
<i>Vergütung bei Arbeit am Feiertag</i>	65		
Entgeltfortzahlung im Krankheitsfall	65		
<i>Grundsatz</i>	65		
<i>Wartezeit</i>	65		

<b>Bildungsurlaub</b>	91	<i>Fälle aus der Praxis zum Schutz von Leben und Gesundheit der Arbeitnehmer</i>	119
<b>Arbeitsrechtlicher Gleichbehandlungsgrundsatz</b>	91	<i>Folgen der Verletzung der Pflicht zum Schutz von Leben und Gesundheit der Arbeitnehmer</i>	121
<b>Allgemeines Gleichbehandlungsgesetz</b>	94	<b>Pflicht zum Schutz des Persönlichkeitsrechts</b>	121
Geltungsbereich	94	<i>Personaldatenschutz</i>	122
Benachteiligungsverbote	95	<i>Personalakten</i>	122
Zulässige unterschiedliche Behandlung	96	<i>Grundsätze der Personaldatenverarbeitung</i>	123
Pflichten der Arbeitgeber	98	<i>Verschwiegenheitspflicht des Arbeitgebers</i>	125
Rechte der Beschäftigten	100	<i>Fälle aus der Praxis zum Persönlichkeitsschutz im Arbeitsverhältnis</i>	126
Beweiserleichterung	102	<i>Überwachung durch technische Einrichtungen</i>	126
Aufgaben der Arbeitnehmervertretungen	102	<i>Kontrolle von Telefon, Internet und E-Mail</i>	127
Pflichten der Tarifvertragsparteien	103	<i>Torkontrollen und Durchsuchungen</i>	129
<b>Vereinbarkeit von Familie und Beruf</b>	103	<i>Schutz der Arbeitnehmer gegen Mobbing</i>	130
Elternzeit	103	<b>Zusammenfassung: Haftung des Arbeitgebers bei Verletzung der Pflicht zum Persönlichkeitsschutz der Arbeitnehmer</b>	132
<i>Einführung</i>	103	<b>Pflicht zum Schutz des Arbeitnehmereigentums</b>	132
<i>Anspruchsberechtigte</i>	104	<i>Haftung des Arbeitgebers für Sachschäden seiner Arbeitnehmer</i>	133
<i>Dauer der Elternzeit</i>	104	<b>Rechte und Pflichten des Arbeitgebers im Hinblick auf das Arbeitsergebnis</b>	134
<i>Gleichzeitige Betreuung durch beide Elternteile</i>	105	<i>Recht der Arbeitnehmererfindung</i>	134
<i>Inanspruchnahme der Elternzeit</i>	105	<i>Urheberrechte der Arbeitnehmer</i>	137
<i>Verlängerung der Elternzeit</i>	105	<b>Betriebsübergang</b>	137
<i>Vorzeitige Beendigung der angetretenen Elternzeit</i>	105	<i>Übergang einer wirtschaftlichen Einheit</i>	137
<i>Teilzeitarbeit während der Elternzeit</i>	105	<i>Rechtsgeschäft</i>	138
<i>Erholungsurlaub</i>	106	<i>Übergang der Arbeitsverhältnisse</i>	139
<i>Kündigungsschutz</i>	107	<i>Tarifverträge und Betriebsvereinbarungen</i>	140
<i>Befreiung vom Kündigungsverbot</i>	108	<i>Haftung von Veräußerer und Erwerber</i>	141
<i>Arbeitnehmerkündigung zum Ende der Elternzeit</i>	108	<i>Kündigungsverbot</i>	141
<i>Befristete Einstellung einer Ersatzkraft</i>	108	<i>Unterrichtungspflicht der Arbeitgeber</i>	143
<b>Pflegezeit</b>	109	<i>Widerspruchsrecht des Arbeitnehmers</i>	144
<i>Einführung</i>	109	<i>Betriebsübergang in der Insolvenz</i>	145
<i>Kurzzeitige Arbeitsverhinderung</i>	110	<b>Beendigung des Arbeitsverhältnisses</b>	146
<i>Anspruch auf Pflegezeit</i>	111	<i>Arten der Beendigung des Arbeitsverhältnisses</i>	146
<i>Inanspruchnahme der Pflegezeit</i>	112	<i>Aufhebungsvertrag</i>	147
<i>Nachweis der Pflegebedürftigkeit</i>	112	<i>Kündigung</i>	149
<i>Teilweise Freistellung</i>	112	<i>Arten der Kündigung</i>	150
<i>Dauer der Pflegezeit</i>	112	<i>Kündigungsfristen</i>	151
<i>Verlängerung der Pflegezeit</i>	113	<i>Freistellung von der Arbeit (Suspendierung)</i>	155
<i>Vorzeitige Beendigung der angetretenen Pflegezeit</i>	114	<i>Anhörung des Betriebsrats vor der Kündigung</i>	155
<i>Kündigungsschutz</i>	114	<b>Kündigungsschutzgesetz und andere Kündigungsschutzvorschriften</b>	157
<i>Befristete Einstellung einer Ersatzkraft</i>	114	<b>Allgemeiner Kündigungsschutz nach dem Kündigungsschutzgesetz</b>	158
<i>Soziale Sicherung</i>	115	<i>Bestandsschutzprinzip</i>	158
<b>Nebenpflichten des Arbeitgebers</b>	115	<i>Betrieblicher Geltungsbereich</i>	159
<i>Einführung</i>	115	<i>Wartezeit</i>	161
<i>Beschäftigungspflicht</i>	116		
<i>Pflicht zum Schutz von Leben und Gesundheit der Arbeitnehmer</i>	118		

# Inhaltsverzeichnis

<i>Personenbedingte Kündigung</i>	163	<i>Zeitlich begrenzte Haushaltsmittel</i>	
<i>Verhaltensbedingte Kündigung</i>	166	<i>(Nummer 7)</i>	211
<i>Betriebsbedingte Kündigung</i>	168	<i>Befristung auf Grund eines gerichtlichen</i>	
<i>Wiedereinstellungsanspruch</i>	175	<i>Vergleichs (Nummer 8)</i>	211
<i>Änderungskündigung</i>	176	<i>Befristung ohne sachlichen Grund bis zur</i>	
<i>Massenentlassungen</i>	179	<i>Dauer von zwei Jahren (§ 14 Abs. 2 TzBfG)</i>	211
<i>Kündigung und Kündigungsschutz im</i>		<i>Sachgrundlose Befristung in neu gegründeten</i>	
<i>Insolvenzfall</i>	181	<i>Unternehmen (§ 14 Abs. 2a TzBfG)</i>	213
<i>Gerichtliche Geltendmachung der Unwirk-</i>		<i>Befristete Arbeitsverträge mit Arbeitnehmern</i>	
<i>samkeit der Kündigung – Kündigungs-</i>		<i>ab dem 52. Lebensjahr (§ 14 Abs. 3 TzBfG)</i>	214
<i>schutzklage</i>	183	<i>Schriftform der Befristungsabrede</i>	
<i>Auflösung des Arbeitsverhältnisses gegen</i>		<i>(§ 14 Abs. 4 TzBfG)</i>	216
<i>Abfindungszahlung</i>	186	<i>Ende des befristeten Arbeitsvertrages</i>	
<i>Abfindung bei gerichtlicher Auflösung des</i>		<i>(§ 15 TzBfG)</i>	217
<i>Arbeitsverhältnisses</i>	186	<i>Kündigung des befristeten Arbeitsvertrages</i>	
<i>Abfindung nach § 1a Kündigungsschutzgesetz</i>	188	<i>(§ 15 Abs. 3 TzBfG)</i>	217
<i>Vereinbarte Abfindungszahlung</i>	188	<i>Fortsetzung des befristeten Arbeitsvertrages nach</i>	
<i>Außerordentliche Kündigung</i>	188	<i>dem vereinbarten Ende (§ 15 Abs. 5 TzBfG)</i>	218
<i>Außerordentliche Kündigung durch den</i>		<i>Rechtsfolgen der unwirksamen Befristung</i>	
<i>Arbeitnehmer</i>	193	<i>(§ 16 TzBfG)</i>	218
<i>Schadensersatz nach außerordentlicher</i>		<i>Gerichtliche Geltendmachung der Unwirksamkeit</i>	
<i>Kündigung</i>	193	<i>der Befristung – Befristungskontrollklage</i>	
<i>Kündigungsschutz in Kleinbetrieben</i>	194	<i>(§ 17 TzBfG)</i>	219
<b>Pflichten des Arbeitgebers bei Beendigung</b>		<i>Anspruch auf Weiterbeschäftigung nach</i>	
<b>des Arbeitsverhältnisses</b>	196	<i>wirksamer Befristung</i>	220
<i>Einführung</i>	196	<i>Teilzeitarbeit</i>	221
<i>Freistellung zur Stellensuche</i>	196	<i>Einführung</i>	221
<i>Zeugnis</i>	197	<i>Daten zur Teilzeitarbeit</i>	221
<i>Arbeitspapiere</i>	201	<i>Begriff der Teilzeitbeschäftigung</i>	222
<i>Auskünfte über Arbeitnehmer</i>	202	<i>Schutz vor Diskriminierung</i>	223
<b>Sonderformen des Arbeitsvertrages</b>	202	<i>Grundsatz der Gleichbehandlung</i>	223
<i>Befristete Arbeitsverträge</i>	202	<i>Rechtsfolgen bei Verstößen gegen den</i>	
<i>Arten der befristeten Arbeitsverträge</i>	203	<i>Gleichbehandlungsgrundsatz</i>	225
<i>Schutz vor Diskriminierung</i>	204	<i>Förderung von Teilzeitarbeit</i>	225
<i>Verbesserung der Chancen des Arbeitnehmers</i>		<i>Pflichten des Arbeitgebers</i>	226
<i>auf einen Dauerarbeitsplatz</i>	204	<i>Ausschreibungspflicht</i>	226
<i>Information der Arbeitnehmervertretung</i>	205	<i>Information der Arbeitnehmer</i>	226
<i>Zulässigkeit der Befristung von Arbeits-</i>		<i>Information der Arbeitnehmervertretung</i>	226
<i>verträgen</i>	205	<i>Benachteiligungsverbot</i>	226
<i>Befristung mit sachlichem Grund</i>		<i>Kündungsverbot</i>	227
<i>(§ 14 Abs. 1 TzBfG)</i>	205	<i>Aus- und Weiterbildung</i>	227
<i>Vorübergehender betrieblicher Bedarf an der</i>		<i>Verringerung der Arbeitszeit</i>	228
<i>Arbeitsleistung (Nummer 1)</i>	206	<i>Voraussetzungen und Geltendmachung des</i>	
<i>Befristung im Anschluss an eine Ausbildung</i>		<i>Teilzeitanpruchs</i>	228
<i>oder ein Studium (Nummer 2)</i>	207	<i>Entscheidung des Arbeitgebers</i>	229
<i>Befristung zur Vertretung (Nummer 3)</i>	208	<i>Betriebliche Gründe</i>	229
<i>Eigenart der Arbeitsleistung (Nummer 4)</i>	208	<i>Betriebliche Gründe in der Praxis</i>	230
<i>Befristung zur Erprobung (Nummer 5)</i>	209	<i>Folgen bei fehlender Entscheidung des Arbeit-</i>	
<i>In der Person des Arbeitnehmers liegender</i>		<i>gebers</i>	232
<i>Befristungsgrund (Nummer 6)</i>	210	<i>Sperrfrist</i>	232
		<i>Durchsetzung des Teilzeitanpruchs</i>	233
		<i>Verlängerung der Arbeitszeit</i>	233

Arbeit auf Abruf	234	Tarifzuständigkeit	254
Jobsharing	235	Tariffähigkeit des einzelnen Arbeitgebers	254
Gruppenarbeitsverhältnis	236	<b>Rechtsgrundlage für die Anwendbarkeit eines Tarifvertrags auf das Arbeitsverhältnis</b>	255
Arbeitnehmerüberlassung	236	Tarifgebundenheit als Voraussetzung der unmittelbaren und zwingenden Geltung	255
<i>Nicht gewerbsmäßige Arbeitnehmerüberlassung</i>	237	Die sog. Ohne-Tarifbindung-Mitgliedschaft (OT-Mitgliedschaft)	255
<i>Gewerbsmäßige Arbeitnehmerüberlassung</i>	238	Beginn und Ende der Tarifgebundenheit	255
<i>Rechtsverhältnis zwischen Verleiher und Entleiher (Überlassungsvertrag)</i>	239	Bezugnahme auf einen Tarifvertrag im Arbeitsvertrag	256
<i>Rechtsverhältnis zwischen Verleiher und Leiharbeitnehmer (Leiharbeitsverhältnis)</i>	239	<b>Verhältnis des Tarifvertrags zu höher-rangigem Recht</b>	256
<i>Rechtsverhältnis zwischen Entleiher und Leiharbeitnehmer (Beschäftigungsverhältnis)</i>	239	Grundrechtsbindung der Tarifvertragsparteien	256
<b>3 KOALITIONS-, TARIFVERTRAGS- SOWIE ARBEITSKAMPF- UND SCHLICHTUNGSRECHT</b>	241	Verhältnis zum Gesetz	257
<b>Überblick</b>	241	<b>Rechtsnormen des Tarifvertrages (Tarifvertrag als Normenvertrag)</b>	257
<b>Zweigleisigkeit des kollektiven Arbeitsrechts</b>	241	Inhaltsnormen	258
<b>Koalitionsfreiheit als Grundrecht der Arbeitsverfassung</b>	241	Abschlussnormen	258
Historischer Hintergrund	241	Rechtsnormen über betriebliche Fragen (Betriebsnormen)	258
Koalitionsfreiheit als Grundrecht	242	Rechtsnormen über betriebsverfassungsrechtliche Fragen (Betriebsverfassungsnormen)	259
Bestands- und Betätigungsschutz der Koalitionen	243	Rechtsnormen über gemeinsame Einrichtungen der Tarifvertragsparteien	259
Erhalt und Sicherung einer Koalition, insbesondere Mitgliederwerbung	244	Unabdingbarkeit der Tarifnormen	259
Garantie staatsfreier Koalitionsbetätigung, vor allem verfassungsrechtliche Gewährleistung des Tarifvertragssystems	244	Günstigkeitsprinzip als Kollisionsregelung	260
<b>Kollektives Arbeitsrecht als Gegenstand internationaler Abkommen und des Europäischen Gemeinschaftsrechts</b>	245	Günstigkeitsprinzip und übertarifliche Arbeitsbedingungen	261
<b>Koalitionsrecht</b>	246	Unverzichtbarkeit auf entstandene tarifliche Rechte als Ergänzung der Unabdingbarkeit	261
Begriffsbestimmung der Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände	246	Verwirkung von tariflichen Rechten	262
Geschichtliche Entwicklung und Organisationsstruktur der Gewerkschaften	246	Ausschluss- und Verjährungsfristen	262
Geschichtliche Entwicklung und Organisationsstruktur der Arbeitgeberverbände	249	Nachwirkung der Tarifnormen bei Beendigung der Unabdingbarkeit	262
Koalitionsverbandsrecht	251	<b>Tarifkonkurrenz und Tarifpluralität</b>	263
<b>Tarifvertragsrecht</b>	252	<b>Allgemeinverbindlicherklärung</b>	263
Bedeutung des Tarifvertragssystems für die Ordnung des Arbeitslebens	252	Bedeutung und Rechtswirkung	263
Geschichtliche Entwicklung	252	Verfahren	264
Begriff des Tarifvertrags	253	Bekanntmachung der Allgemeinverbindlicherklärung	267
Wer kann einen Tarifvertrag für wen schließen?	253	Publikation der Tarifverträge	267
Tariffähigkeit	253	<b>Festsetzung von Mindestarbeitsbedingungen</b>	267
		Regelungsvorrang der Tarifvertragsparteien	267
		Gesetz über die Festsetzung von Mindestarbeitsbedingungen	267
		Allgemeinverbindliche Mindestlöhne nach dem Arbeitnehmer-Entsendegesetz	268



# Inhaltsverzeichnis

<b>Schlichtungsrecht</b>	268	<i>Zuordnung von nicht betriebsratsfähigen</i>	
Gestaltungsformen	268	<i>Kleinbetrieben und Betriebsteilen</i>	289
Staatliche Schlichtung	268	Nicht erfasste Betriebe	290
Vereinbarte Schlichtung	268	<i>Betriebe und Verwaltungen der</i>	
		<i>öffentlichen Hand</i>	290
<b>Arbeitskampfrecht</b>	268	<i>Kleinstbetriebe</i>	290
Streik und Aussperrung als Erscheinungsformen		<i>Religionsgemeinschaften</i>	291
des Arbeitskampfes	268	Tendenzbetriebe	291
Begriff des Streiks	269	<i>Sinn und Reichweite des Tendenzschutzes</i>	291
Aussperrung und Boykott	269	<i>Zusätzliche Anwendungsvoraussetzungen</i>	292
Verfassungsrechtliche Grundlagen des Arbeits-		<i>Eingeschränkte Geltung des Betriebs-</i>	
kampfes	270	<i>verfassungsgesetzes</i>	293
<b>Grundlagen des Arbeitskampfes im</b>		Besonderheiten in Unternehmen mit geringerer	
<b>Europäischen Gemeinschaftsrecht</b>	270	Belegschaftsstärke	295
<b>Rechtsgrundsätze für die Zulässigkeit</b>		Besonderheiten für Seeschiffahrts- und Luft-	
<b>eines Streiks</b>	271	fahrtunternehmen, Deutsche Bahn AG, Post-	
Keine Regelung durch den Gesetzgeber	271	nachfolgeunternehmen, Kooperationsbetriebe	
Tarifvertrag als Regelungsziel	271	nach dem Kooperationsgesetz der Bundeswehr	295
Streik und tarifvertragliche Friedenspflicht	271	<i>Seeschiffahrtsunternehmen</i>	295
Streik als Ultima Ratio	272	<i>Luftfahrtunternehmen</i>	296
Freiheit in der Wahl der Kampfstrategie	272	<i>Deutsche Bahn AG</i>	296
Streikbeteiligung und Arbeitsverhältnis	272	<i>Postnachfolgeunternehmen</i>	297
<i>Haftung auf Schadensersatz</i>	273	<i>Kooperationsbetriebe der Bundeswehr</i>	298
<i>Streik als Pflichtverletzung</i>	273	<b>Arbeitnehmer nach dem Betriebsverfassungs-</b>	
<i>Streik als unerlaubte Handlung</i>	273	<b>gesetz</b>	298
<b>Rechte des Arbeitgebers im Arbeitskampf</b>	273	Arbeitnehmer (außer leitende Angestellte)	298
Recht zur Aussperrung	273	Leitende Angestellte	300
Stilllegungsbefugnis des Arbeitgebers und		<i>Zuordnungsverfahren (§ 18a BetrVG)</i>	303
Arbeitskampfrisiko	274	Sprecherausschüsse	303
Beteiligung des Betriebsrats	274	<i>Wahl, Zusammensetzung, Geschäftsführung,</i>	
Notstands- und Erhaltungsarbeiten während		<i>Versammlung</i>	304
eines Arbeitskampfes	275	<i>Zusammensetzung</i>	304
Sozialrechtliche Auswirkungen eines Arbeits-		<i>Rechtsstellung der Mitglieder des Sprecher-</i>	
kampfes	276	<i>ausschusses</i>	304
		<i>Aufgaben und Mitwirkungsrechte des Sprecher-</i>	
		<i>ausschusses</i>	305
		<i>Verhältnis von Betriebsrat und Sprecher-</i>	
	277	<i>ausschuss</i>	306
<b>4 BETRIEBSVERFASSUNG</b>		<b>Nicht-Arbeitnehmer</b>	306
<b>Überblick</b>	277	<b>Institutionen der Betriebsverfassung</b>	306
<b>Einführung</b>	277	Arbeitgeber	306
Grundprinzipien des Betriebsverfassungsrechts	277	Betriebsrat	307
Entwicklung des Betriebsverfassungsrechts	278	Grundsätzliche Stellung	307
<b>Geltungsbereich des Betriebsverfassungs-</b>		Wahl des Betriebsrates	307
<b>gesetzes</b>	286	<i>Wahlberechtigung</i>	307
Erfasste Betriebe	286	<i>Wählbarkeit</i>	308
Grundsatz	286	<i>Wahltermin</i>	308
<i>Bezugspunkt „Betrieb“</i>	287	<i>Wahlvorstand</i>	308
<i>Selbständige Betriebe</i>	288	<i>Wahlverfahren</i>	310
<i>Gemeinsamer Betrieb</i>	288		



<i>Schutz der Betriebsratswahl</i>	311	<i>Vertrauensvolle Zusammenarbeit</i>	342
<i>Mängel der Betriebsratswahl</i>	312	<i>Gesetzliche Konkretisierungen</i>	342
<i>Ergebnisse der Betriebsratswahlen</i>	313	<i>Vorrang der Tarifautonomie</i>	344
Zusammensetzung des Betriebsrates	313	Stellung der Gewerkschaften im Betrieb	345
Amtszeit des Betriebsrates	314	Grundsatz	345
Übergangs- und Restmandat des Betriebsrates	315	Folgerungen	345
<i>Übergangsmandat</i>	315	Stellung der Arbeitgeberverbände im Betrieb	347
<i>Restmandat</i>	316	Grundsätze für die Behandlung der Betriebs-	
Geschäftsführung des Betriebsrates	316	angehörigen	347
<i>Vorsitzender</i>	316	<i>Neutralitäts- und Gleichbehandlungspflicht</i>	347
<i>Betriebsausschuss</i>	317	<i>Freie Entfaltung der Persönlichkeit</i>	349
<i>Weitere Ausschüsse</i>	317		
<i>Arbeitsgruppen</i>	317	<b>Übersicht über die Beteiligungsrechte des</b>	
Betriebsratssitzungen	318	<b>Betriebsrates</b>	350
Sprechstunden des Betriebsrates	319	Formen der Beteiligung des Betriebsrates	350
Kosten und Sachaufwand des Betriebsrates	319	Mitwirkungsrechte	350
Stellung, Rechte und Pflichten der Betriebs-		<i>Informationsrechte</i>	350
ratsmitglieder	320	<i>Vorschlags-, Anhörungs- und Beratungsrechte</i>	350
<i>Ehrenamtliche Tätigkeit</i>	320	Mitbestimmungsrechte	351
<i>Arbeitsbefreiung</i>	321	Erweiterung der Mitbestimmungsrechte des	
Arbeitsentgeltsicherung und Tätigkeitsschutz	322	Betriebsrates durch Tarifvertrag	352
<i>Arbeitsentgeltsicherung</i>	322	Beteiligungsrechte des Betriebsrates außerhalb	
<i>Tätigkeitsschutz</i>	322	des Betriebsverfassungsgesetzes	352
<i>Freistellung von der Arbeit</i>	322	Form der Mitbestimmung	352
Schulungs- und Bildungsmöglichkeiten	325	<i>Betriebsvereinbarung</i>	353
Benachteiligungs- und Begünstigungsverbot	328	<i>Regelungsabrede</i>	356
Geheimhaltungspflicht	329	Durchsetzung der Beteiligungsrechte	357
<i>Datengeheimnis</i>	330	Unwirksamkeit von Arbeitgebermaßnahmen	358
<b>Besonderer Schutz für Funktionsträger der</b>		<b>Lösung innerbetrieblicher Konflikte</b>	358
<b>Betriebsverfassung</b>	330	Gerichte für Arbeitssachen	358
Besonderer Kündigungsschutz	330	Einigungsstelle	358
Schutz Auszubildender in besonderen Fällen	332		
Gesamtbetriebsrat	333	<b>Allgemeine Aufgaben des Betriebsrates</b>	360
<i>Errichtung, Beschlussfassung</i>	333	Überwachungsaufgaben	360
<i>Zuständigkeit, Aufgaben</i>	334	Förderpflichten	361
Konzernbetriebsrat	335	Unterrichtungspflicht des Arbeitgebers	361
Jugend- und Auszubildendenvertretung	336	Informationsbeschaffung durch den Betriebsrat	362
<i>Wahl</i>	337	Mitwirkung und Mitbestimmung in sozialen	
<i>Aufgaben</i>	338	Angelegenheiten	363
Gesamt-Jugend- und Auszubildendenvertretung	338	Erzwingbare Mitbestimmung in sozialen	
Konzern-Jugend- und Auszubildendenvertretung	339	Angelegenheiten	363
Betriebsversammlung	339	<i>Grundsätzliches</i>	363
Jugend- und Auszubildendenversammlung	341	<i>Persönlicher Geltungsbereich</i>	364
Betriebsräteversammlung	341	<i>Durchsetzung der Mitbestimmungsrechte</i>	364
Wirtschaftsausschuss	342	<i>Unternehmerische Entscheidungsfreiheit</i>	364
Einigungsstelle	342	<i>Kollektive Regelungen</i>	365
		<i>Initiativrecht</i>	365
<b>Grundsätze für die Zusammenarbeit</b>		<i>Gesetzes- und Tarifvorbehalt</i>	365
<b>im Betrieb</b>	342	<i>Gegenstände der Mitbestimmung</i>	367
Zusammenarbeit zwischen Betriebsrat und		Freiwillige Betriebsvereinbarungen	378
Arbeitgeber	342	Mitwirkung im Bereich des Arbeitsschutzes	378

# Inhaltsverzeichnis

Mitwirkung und Mitbestimmung in personellen Angelegenheiten	379	Mitwirkung und Mitbestimmung bei der Gestaltung von Arbeitsplatz, Arbeitsablauf und Arbeitsumgebung	405
Allgemeine personelle Angelegenheiten	379	<i>Allgemeines</i>	405
<i>Personalplanung</i>	379	<i>Unterrichtungsrecht des Betriebsrates</i>	405
<i>Beschäftigungssicherung</i>	380	<i>Beratungsrecht des Betriebsrates</i>	406
<i>Ausschreibung von Arbeitsplätzen</i>	380	<i>Mitbestimmungsrecht des Betriebsrates (§ 91 BetrVG)</i>	406
<i>Personalfragebogen</i>	381	<b>Mitwirkungs- und Beschwerderecht des einzelnen Arbeitnehmers</b>	407
<i>Formulararbeitsverträge</i>	381	Grundsatz	407
<i>Beurteilungsgrundsätze</i>	382	<i>Unterrichtung über den Gesamtzusammenhang der Tätigkeit</i>	407
<i>Auswahlrichtlinien</i>	382	<i>Unterrichtung und Anhörung über Unfall- und Gesundheitsgefahren</i>	407
Mitwirkung und Mitbestimmung bei der Berufsbildung	384	<i>Unterrichtung und Erörterung bei technischen Veränderungen</i>	408
Mitwirkung und Mitbestimmung bei personellen Einzelmaßnahmen	385	Weitere Anhörungs- und Erörterungsrechte	408
<i>Gegenstände der Beteiligung</i>	385	<i>Recht auf Einsicht in die Personalakten</i>	408
Kündigung des Arbeitsverhältnisses durch den Arbeitgeber	388	Beschwerderecht des Arbeitnehmers	409
<i>Unterrichtungspflicht des Arbeitgebers</i>	388	<b>Betriebsverfassungsrechtliche Regelungen bei der Umwandlung von Unternehmen</b>	410
<i>Zustimmung und Zustimmungsverweigerung durch den Betriebsrat</i>	389	Unterrichtung des Betriebsrates bzw. Gesamtbetriebsrates über jede geplante Umwandlung	410
<i>Vorläufige personelle Einzelmaßnahmen</i>	392	<b>Europäischer Betriebsrat</b>	411
Mitwirkung und Mitbestimmung in wirtschaftlichen Angelegenheiten	392	Geltungsbereich des Europäischen Betriebsrätegesetzes	411
Beteiligungsrechte	392	Vereinbarungslösung	412
Wirtschaftsausschuss	392	Europäischer Betriebsrat kraft Gesetzes	412
<i>Errichtung und Organisation</i>	392	Grundsätze der Zusammenarbeit, Schutzbestimmungen	413
<i>Aufgaben</i>	393	<b>5 UNTERNEHMENS-MITBESTIMMUNG</b>	415
<i>Unterrichtung der Belegschaft durch den Unternehmer</i>	394	<b>Überblick</b>	415
Mitwirkung und Mitbestimmung bei Betriebsänderungen	394	<b>Unternehmensmitbestimmung und betriebliche Mitbestimmung</b>	416
System	394	<b>Unternehmensmitbestimmung in der Diskussion</b>	416
<i>Voraussetzungen für die Beteiligungsrechte des Betriebsrates</i>	394	<b>Entwicklung der Unternehmensmitbestimmung auf nationaler Ebene</b>	419
<i>Unterrichtung, Beratung und Interessenausgleich</i>	397	<b>Vorschläge zur Modernisierung des nationalen Mitbestimmungsrechts</b>	423
<i>Interessenausgleich im Insolvenzverfahren</i>	398	<b>Entwicklung der Unternehmensmitbestimmung auf europäischer Ebene und nationale Umsetzung</b>	425
<i>Nachteilsausgleich</i>	398		
Sozialplan	399		
<i>Bedeutung, Inhalt und Wirkungen</i>	399		
<i>Verfahren zur Aufstellung eines Sozialplans</i>	401		
<i>Erzwingbarkeit von Sozialplänen</i>	401		
<i>Gerichtliche Kontrolle</i>	403		
<i>Beendigung und Abänderung von Sozialplänen</i>	403		
Sozialplan in der Insolvenz	403		
<i>Sozialplanumfang (§ 123 InsO)</i>	404		
<i>Sozialplan vor Verfahrenseröffnung (§ 124 InsO)</i>	404		
<i>Transferleistungen durch die Bundesagentur für Arbeit</i>	404		

<b>Unternehmensmitbestimmung und Gesellschaftsrecht</b>	427	<i>Vorrang für Verhandlungslösungen</i>	441
Mitbestimmungsrelevante Unternehmensformen	428	<i>Bildung des Wahlgremiums</i>	442
Rechtsstellung und Aufgaben der Aufsichtsratsmitglieder	428	<i>Wahlverfahren</i>	442
<i>Grundsatz der Gleichbehandlung</i>	428	<i>Abstimmung innerhalb des Wahlgremiums</i>	442
<i>Weisungsfreiheit</i>	429	<i>Dauer der Verhandlungen</i>	443
<i>Verpflichtung auf das Unternehmensinteresse</i>	429	<i>Inhalt der Vereinbarung</i>	443
<i>Verschwiegenheitspflicht</i>	429	<i>Auffangregelung</i>	444
<i>Schutz der Aufsichtsratsmitglieder</i>	429	<i>Gründungen von Europäischen Gesellschaften in Deutschland</i>	445
Einflussnahme des mitbestimmten Aufsichtsrats der AG und der GmbH	429	SCE-Beteiligungsgesetz (SCEBG)	447
Aktiengesellschaft (AG)	430	<i>Gründungsformen einer SCE</i>	447
<i>Personalangelegenheiten</i>	430	<i>Natürliche Personen als Gründungsmitglieder einer SCE</i>	447
<i>Zustimmungsbedürftige Geschäfte</i>	430	Gesetz zur Umsetzung der Regelung über die Mitbestimmung der Arbeitnehmer bei einer grenzüberschreitenden Verschmelzung von Kapitalgesellschaften aus verschiedenen Mitgliedstaaten (MgVG)	447
<i>Berichtspflichten und Jahresabschluss</i>	430	<i>Regelungsgegenstand Unternehmensmitbestimmung</i>	448
Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbH)	430	<i>Sitzstaatsrecht oder Verhandlungslösung</i>	448
<i>Personalangelegenheiten</i>	430	<i>Modifizierte Auffangregelung</i>	448
<i>Jahresabschluss</i>	430	<i>Anwendung der Auffangregelung ohne vorherige Verhandlung</i>	448
<i>Kontrollpflichten</i>	430	<i>Sicherung der Mitbestimmung bei nachfolgenden innerstaatlichen Verschmelzungen</i>	449
<b>Mitbestimmungsgesetze</b>	430	<b>Künftige Projekte zur Unternehmensmitbestimmung auf europäischer Ebene</b>	449
Montan-Mitbestimmungsgesetz	430	Vorschlag für eine Richtlinie über die Verlegung des Sitzungssitzes von Kapitalgesellschaften in einen andern Mitgliedstaat (14. Richtlinie – Sitzverlegungsrichtlinie)	449
<i>Anwendbarkeit des Gesetzes</i>	430	Vorschlag für eine Richtlinie zur Europäischen Privatgesellschaft	449
<i>Zusammensetzung des Aufsichtsrats</i>	431		
<i>Arbeitsdirektor</i>	432		
Montan-Mitbestimmungs-Ergänzungsgesetz	432		
<i>Anwendbarkeit des Gesetzes</i>	432		
<i>Zusammensetzung des Aufsichtsrats</i>	433		
<i>Arbeitsdirektor</i>	434		
Drittelbeteiligungsgesetz	434		
<i>Anwendbarkeit des Gesetzes</i>	435		
<i>Drittelbeteiligung der Arbeitnehmer im Konzern</i>	435		
<i>Größe und Zusammensetzung des Aufsichtsrats</i>	436		
<i>Wahl der Arbeitnehmervertreter in den Aufsichtsrat</i>	436		
<i>Arbeitsdirektor</i>	436		
Mitbestimmungsgesetz	436		
<i>Anwendbarkeit des Gesetzes</i>	436		
<i>Keine echte Parität im Aufsichtsrat</i>	437		
<i>Mitbestimmung im Konzern</i>	438		
<i>Größe und Zusammensetzung des Aufsichtsrats</i>	438		
<i>Wahl der Arbeitnehmervertreter in den Aufsichtsrat</i>	439		
<i>Arbeitsdirektor</i>	440		
SE-Beteiligungsgesetz (SEBG)	440		
<i>Gründungsformen einer SE</i>	440		

<b>6</b>	<b>SOZIALER ARBEITSSCHUTZ SCHUTZ BESONDERER PERSONENGRUPPEN</b>	451
	<b>Überblick</b>	451
	<b>Arbeitszeitschutz</b>	452
	<i>Einführung</i>	452
	<i>Geltungsbereich</i>	456
	<b>Begriff der Arbeitszeit</b>	457
	<i>Grundnormen des Arbeitszeitgesetzes</i>	458
	<i>Höchstarbeitszeit</i>	458
	<i>Ruhepausen</i>	460
	<i>Ruhezeit</i>	461
	<i>Nacht- und Schichtarbeit</i>	462

# Inhaltsverzeichnis

Abweichungen von den Grundnormen	465	<i>Gefährdungsbeurteilung</i>	504
Übergangsregelung für Tarifverträge	468	<i>Unterweisung über Gefahren</i>	504
Sonn- und Feiertagsruhe	468	<i>Aufnahme in die häusliche Gemeinschaft</i>	504
<i>Grundsätzliches Arbeitsverbot</i>	468	<i>Verbot der Züchtigung und der Abgabe von</i>	
<i>Ausnahmen vom Beschäftigungsverbot</i>	469	<i>Alkohol und Tabak</i>	505
<i>Befugnisse des Staates</i>	471	Gesundheitliche Betreuung	505
<i>Schutz der Arbeitnehmer</i>	473	<i>Ärztliche Untersuchungen</i>	505
<i>Abweichende Regelungen</i>	473	<i>Nachuntersuchungen</i>	505
Ausnahmen von den Arbeitszeitregelungen	474	<i>Durchführung der Untersuchungen</i>	506
<i>Außergewöhnliche Fälle</i>	474	<i>Freistellung und Aufbewahrungspflicht</i>	506
<i>Ausnahmen durch den Staat</i>	474	<i>Kosten der Untersuchung</i>	506
Durchführung des Gesetzes	474	Durchführung des Gesetzes	507
Arbeitszeitregelungen im Straßenverkehr	475	<b>Das Berufsausbildungsverhältnis</b>	507
<i>Besondere Bestimmungen im Arbeitszeitgesetz</i>	475	Einführung	507
<i>Lenk- und Ruhezeiten</i>	477	Geltungsbereich	507
<i>Kontrollgerät</i>	478	Ziele der Berufsbildung	509
<b>Arbeitszeitregelungen im Einzelhandel</b>	478	Lernorte	509
Einführung	478	Ordnung der Ausbildungsberufe	510
Geltungsbereich	479	Ausbildungsberufe	510
Allgemeine Ladenschlusszeiten	479	Eignung von Ausbildungsstätte und	
Abweichende Ladenschlusszeiten	480	Ausbildungspersonal	510
Besonderer Schutz der Arbeitnehmer	481	Verzeichnis der Berufsausbildungsverhältnisse	511
Durchführung des Gesetzes	482	Beginn und Ende des Ausbildungsverhältnisses	511
Ladenschlussrecht nach der Föderalismusreform	482	<i>Ausbildungsvertrag</i>	511
Ländergesetze zum Ladenschluss	483	<i>Vertragsniederschrift</i>	512
<b>Kinder- und Jugendarbeitsschutz</b>	483	<i>Probezeit und Ausbildungsdauer</i>	512
Einführung	483	<i>Beendigung des Ausbildungsverhältnisses</i>	513
Geltungsbereich	492	Pflichten im Ausbildungsverhältnis	514
Die Beschäftigung von Kindern	493	Pflichten des Auszubildenden	514
<i>Verbot der Kinderarbeit</i>	493	Pflichten des Ausbildenden	514
<i>Zulässige Beschäftigung von Kindern</i>	493	<i>Freistellung für die Berufsschule</i>	515
<i>Ausnahmen für Veranstaltungen</i>	495	<i>Vergütung</i>	515
Die Beschäftigung Jugendlicher	495	<i>Zeugnis</i>	516
<i>Arbeitszeit der Jugendlichen</i>	495	Prüfungswesen	516
<i>Ruhepausen und Schichtzeit</i>	496	<i>Abschlussprüfung</i>	516
<i>Tägliche Freizeit und Nachtruhe</i>	497	<i>Zulassung zur Abschlussprüfung</i>	516
<i>Beschäftigungsverbot an Wochenenden</i>		<i>Prüfungszeugnis</i>	517
<i>und an Feiertagen</i>	498	<i>Zwischenprüfung</i>	517
<i>Fünftagewoche</i>	499	Überwachung der Berufsausbildung	517
Ausnahmen von den Grundnormen	500	<b>Arbeitsplatzschutz bei Wehrdienst und</b>	
<i>Berufsschule und Ausbildungsmaßnahmen</i>	500	<b>Zivildienst</b>	518
<i>Erholungsurlaub</i>	501	Einführung	518
Beschäftigungsverbote	502	Geltungsbereich	518
<i>Gefährliche Arbeiten</i>	502	Schutz des Arbeitsplatzes	518
<i>Tempoabhängige Arbeiten</i>	503	<i>Musterung</i>	518
<i>Arbeiten unter Tage</i>	503	<i>Ruhen des Beschäftigungsverhältnisses</i>	519
<i>Verbot der Beschäftigung durch bestimmte</i>		<i>Wiederaufnahme der Beschäftigung</i>	519
<i>Personen</i>	503	<i>Besondere Arten des Wehrdienstes</i>	519
Sonstige Pflichten des Arbeitgebers	504	<i>Kündigungsschutz</i>	520
<i>Gestaltung und Beurteilung der Arbeits-</i>		<i>Schutz der Auszubildenden</i>	521
<i>bedingungen</i>	504		

Weitere Schutzregelungen für Wehrpflichtige	521	<i>Beauftragter des Arbeitgebers</i>	539
<i>Sonderzuwendungen</i>	521	<i>Integrationsvereinbarung</i>	539
<i>Erholungsurlaub</i>	521	<i>Berufliche Förderung</i>	539
<i>Wohnraum und Sachbezüge</i>	521	<i>Ausstattung des Betriebs</i>	540
<i>Zusätzliche Alters- und Hinterbliebenen-</i> <i>versorgung</i>	522	<i>Teilzeitarbeit und Mehrarbeit</i>	540
<i>Betriebsverfassung</i>	522	<i>Zusatzurlaub</i>	540
<i>Benachteiligungsverbot</i>	522	Besonderer Kündigungsschutz	541
<i>Anrechnung des Wehrdienstes</i>	522	<i>Prävention</i>	541
<i>Bevorzugte Einstellung in den öffentlichen</i> <i>Dienst</i>	523	<i>Ordentliche Kündigung</i>	541
<i>Besondere Regelungen für Heimarbeiter und</i> <i>Handelsvertreter</i>	523	<i>Ausnahmen vom Zustimmungserfordernis</i>	542
<b>Mutterschutz</b>	524	<i>Außerordentliche Kündigung</i>	543
Einführung	524	Die Schwerbehindertenvertretung	543
Geltungsbereich des Mutterschutzgesetzes	524	<i>Aufgaben</i>	543
Mitteilungspflicht der werdenden Mutter	525	<i>Wahl der Schwerbehindertenvertretung</i>	543
Gestaltung des Arbeitsplatzes	525	<i>Rechtsstellung der Vertrauensperson</i>	544
<b>Beschäftigungsverbote</b>	526	<i>Stufenschwerbehindertenvertretungen</i>	545
Schutzfristen vor und nach der Entbindung	526	Durchführung des Schwerbehindertenrechts	545
Individuelle Beschäftigungsverbote	527	<i>Integrationsamt</i>	545
Generelle Beschäftigungsverbote	527	<i>Bundesagentur für Arbeit</i>	546
<b>Fortzahlung des Arbeitsentgelts bei Beschäfti-</b> <b>gungsverboten/Mutterschutzlohn</b>	528	<i>Integrationsfachdienste</i>	546
Mutterschaftsgeld für die Zeit der Schutzfristen	528	<i>Zusammenwirken des Arbeitgebers mit</i> <i>Arbeitsagentur und Integrationsamt</i>	546
Zuschuss zum Mutterschaftsgeld vom		Widerspruchsverfahren	546
Arbeitgeber	529	Ordnungswidrigkeiten und Strafvorschriften	547
<b>Sonstige Leistungen bei Schwangerschaft und</b> <b>Mutterschaft</b>	529	Verbandsklagerecht	547
Freistellung für Untersuchungen	529	<b>Schutz der in Heimarbeit Beschäftigten</b>	547
Erholungsurlaub	530	Einführung	547
<b>Aushang- und Auskunftspflichten, Straftaten</b> <b>und Ordnungswidrigkeiten</b>	530	Geltungsbereich	548
<b>Kündigung</b>	530	Heimarbbeitsausschüsse	549
Kündungsverbot	530	Schutzvorschriften für die Heimarbeit	550
Besonderes Kündigungsrecht der Frau	531	<i>Allgemeine Pflichten des Auftraggebers</i>	550
<b>Schutz schwerbehinderter Menschen</b>	531	<i>Arbeitszeitschutz</i>	550
Einführung	531	<i>Gefahrenschutz</i>	550
Geltungsbereich	532	Festsetzung und Schutz der Entgelte	550
Feststellung der Behinderung	533	<i>Entgeltregeln</i>	550
Fortfall des Schwerbehindertenschutzes	533	<i>Art der Entgelte</i>	551
Umfang der Beschäftigungspflicht	534	<i>Entgeltschutz</i>	551
Berechnung der Pflichtplätze	536	Kündigungsschutz	552
Zahlung einer Ausgleichsabgabe	538	<i>Kündigungsfristen</i>	552
Verwendung der Ausgleichsabgabe	538	<i>Arbeitsentgelt während der Kündigung</i>	552
Weitere Pflichten des Arbeitgebers	539	<i>Minderung der Arbeitsmenge</i>	553
<i>Aufzeichnungs- und Anzeigepflichten</i>	539	<i>Besonderer Kündigungsschutz</i>	553
		Überwachung der Heimarbeit	553
		Schutzregelungen außerhalb des Heimarbbeits-	
		<i>gesetzes</i>	554
		<i>Urlaubsgeld</i>	554
		<i>Feiertagsgeld</i>	554
		<i>Krankengeldausgleich</i>	554
		<i>Mutterschutz</i>	554
		<i>Elterngeld und Elternzeit</i>	555

# Inhaltsverzeichnis

<b>7</b>	<b>TECHNISCHER UND MEDIZINISCHER ARBEITSSCHUTZ</b>	
<b>Überblick</b>		
<b>Grundlagen des deutschen Arbeitsschutzsystems</b>		
Zielsetzung und rechtliche Grundlage des Arbeitsschutzes	557	
Auftrag und Funktion des Arbeitsschutzes	558	
Einordnung des Arbeitsschutzes in das deutsche Rechtsgefüge	558	
Grundeinteilung des Arbeitsschutzrechts	560	
Überwachung der Arbeitsschutzbestimmungen	561	
<b>Europäische und internationale Grundlagen</b>	562	
Europäische Grundlagen	562	
Internationaler Arbeitsschutz	564	
<b>Neue Qualität der Arbeit</b>	566	
Einführung	566	
Initiative Neue Qualität der Arbeit – INQA	568	
Organisation von INQA	569	
Grundsätzliche INQA-Strategie	570	
Wichtige INQA-Querschnittsthemen	570	
Die Herausforderung: Beschäftigung im demografischen Wandel	570	
<i>Auswirkungen auf die Unternehmen</i>	571	
<i>Konsequenzen für Unternehmen und Arbeitswelt</i>	572	
Kriterien der „guten Arbeit“	572	
Förderung einer „mitarbeiterorientierten Unternehmenskultur“	576	
Produkte und Erfolge von INQA	577	
Wissensgenerierung	577	
Sensibilisierung und gesellschaftliche Debatte	579	
Know-how-Transfer	580	
Zusammenarbeit und Vernetzung von INQA mit anderen Akteuren	582	
<b>Modellprogramme</b>	582	
<b>Grundzüge des Arbeitsschutzgesetzes und der Prävention nach dem Siebten Buch Sozialgesetzbuch</b>	583	
Geltungsbereich	584	
Regelungsansatz	584	
Grundpflichten des Arbeitgebers	584	
<i>Funktion und Inhalt der Gefährdungsbeurteilung</i>	585	
<i>Praxishilfen für die Durchführung der Gefährdungsbeurteilung</i>	586	
<i>Dokumentation der Gefährdungsbeurteilung</i>	586	
<i>Sonstige Arbeitgeberpflichten</i>	587	
Aufgabenübertragung	587	
Rechte und Pflichten der Beschäftigten	589	
Beteiligungsrechte der Arbeitnehmervertretungen	590	
Sanktionsrecht im Arbeitsschutz	591	
Unfallverhütung (Prävention) nach dem SGB VII	591	
Rechtsquellen der Unfallversicherungsträger	593	
<i>BGV A1 „Grundsätze der Prävention“</i>	594	
Sicherheitsbeauftragte	595	
Ausblick	595	
Gemeinsame Deutsche Arbeitsschutzstrategie (GDA)	596	
<b>Gesetz über Betriebsärzte, Sicherheitsingenieure und andere Fachkräfte für Arbeitssicherheit (Arbeitssicherheitsgesetz) und konkretisierende Unfallverhütungsvorschriften</b>	597	
Innerbetriebliche Arbeitsschutzorganisation	597	
Betriebsärzte und Fachkräfte für Arbeitssicherheit	598	
<i>Aufgaben der Betriebsärzte und Fachkräfte für Arbeitssicherheit</i>	598	
Unfallverhütungsvorschrift „Betriebsärzte und Fachkräfte für Arbeitssicherheit“ (BGV A2)	599	
Betreuungsmodelle nach der reformierten BGV A2	599	
<i>Unternehmermodell</i>	600	
<i>Sonderfall Kompetenzzentren</i>	601	
<i>Regelbetreuung für größere Betriebe</i>	601	
Unfallverhütungsvorschriften der Unfallkassen und der landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften	601	
Anschlusszwang an einen überbetrieblichen Dienst	601	
Arbeitsschutzausschuss	601	
Durchführung	602	
<b>Arbeitsschutzmanagementsysteme</b>	602	
Betriebliche Arbeitsschutzpolitik (plan)	602	
Umsetzung (do)	603	
Messung und Bewertung (check)	603	
Verbesserungsmaßnahmen (act)	604	
Gesetzliche Regelungen, Normung und Zertifizierung von Arbeitsschutzmanagementsystemen	604	
<b>Arbeitsmedizinische Vorsorge</b>	605	
Allgemeine Grundsätze	605	
Geltende Rechtsvorschriften und Empfehlungen	605	
Qualifikation des untersuchenden Arztes	606	
Rechtsreform zur arbeitsmedizinischen Vorsorge	606	



<b>Verordnung über Arbeitsstätten (Arbeitsstättenverordnung)</b>	607	<b>Verordnung zum Schutz der Beschäftigten vor Lärm und Vibrationen (Lärm- und Vibrations-Arbeitsschutzverordnung)</b>	632
Grundlagen	607	Einführung	632
Geltungsbereich	607	Verordnung zur Umsetzung der EG-Einzelrichtlinien zu Lärm und Vibrationen	633
Novellierung	607	<i>Umgesetzte Rechtsakte</i>	633
Konzept der Deregulierung	608	<i>Inhalte der Verordnung im Überblick</i>	633
Inhalt und Struktur der Verordnung	608	<i>Anwendungsbereich und Ausnahmen der Verordnung</i>	633
<i>Allgemeingültige Regelungen</i>	608	Begriffsbestimmungen	634
<i>Barrierefreiheit</i>	609	<i>Lärm</i>	634
<i>Nichtraucherschutz</i>	609	<i>Vibrationen</i>	634
<i>Spezielle Anforderungen an Arbeitsstätten</i>	610	<i>Stand der Technik</i>	635
<i>Ausführung der Verordnung</i>	615	Gefährdungsbeurteilung	635
Neue Regeln für Arbeitsstätten	616	Allgemeines	635
<i>Ausschuss für Arbeitsstätten</i>	616	Grenzwerte der Lärm- und Vibrations-Arbeitsschutzverordnung	636
Zweck der neuen Arbeitsstättenregeln	616	<i>Lärm</i>	636
Stand der Arbeiten am Regelwerk	616	<i>Vibrationen</i>	636
Weitergelten der Arbeitsstätten-Richtlinien	617	Messungen	637
Übersicht bestehender Arbeitsstätten-Richtlinien	617	<i>Lärm</i>	637
Praktische Hinweise zur Anwendung der Arbeitsstättenverordnung	618	<i>Vibrationen</i>	637
Informationsquellen zur Ausfüllung der allgemeinen Schutzziele	619	Maßnahmen zur Verringerung der Gefährdung	637
<b>Betriebssicherheitsverordnung, Überwachungsbedürftige Anlagen</b>	619	<i>Lärmschutzmaßnahmen</i>	637
Einführung	619	<i>Vibrationsschutzmaßnahmen</i>	638
Grundlagen und Ziele der Betriebssicherheitsverordnung	620	<i>Fachkunde</i>	639
Anwendungsbereich und Begriffsbestimmungen	621	<i>Unterweisung der Beschäftigten</i>	639
<i>Allgemeine Anforderungen an Arbeitsmittel</i>	623	<i>Arbeitsmedizinische Vorsorge – Gesundheitsüberwachung</i>	640
Betrieb überwachungsbedürftiger Anlagen	625	Gewähren von Ausnahmen durch die zuständigen Aufsichtsbehörden	640
Ausschuss für Betriebssicherheit	628	Beratung durch den Ausschuss für Betriebssicherheit	640
Anhänge zur Betriebssicherheitsverordnung	628	<b>Verordnung über Sicherheit und Gesundheitsschutz bei der Arbeit an Bildschirmgeräten (Bildschirmarbeitsverordnung)</b>	629
<b>Verordnung über Sicherheit und Gesundheitsschutz bei der Arbeit an Bildschirmgeräten (Bildschirmarbeitsverordnung)</b>	629	Bedeutung der Bildschirmarbeit	629
Die Bildschirmarbeitsverordnung	629	Die Bildschirmarbeitsverordnung	629
<i>Anwendungsbereich und Anforderungen</i>	630	<i>Anwendungsbereich und Anforderungen</i>	630
<i>Ergonomische Anforderungen</i>	630	<i>Ergonomische Anforderungen</i>	630
<i>Organisation des täglichen Arbeitsablaufs</i>	630	<i>Organisation des täglichen Arbeitsablaufs</i>	630
<i>Untersuchung der Augen und des Sehvermögens</i>	630	<i>Untersuchung der Augen und des Sehvermögens</i>	630
Weiterführende Informationen	631	Weiterführende Informationen	631
<b>Verordnung über Sicherheit und Gesundheitsschutz bei der Benutzung persönlicher Schutzausrüstungen bei der Arbeit (PSA-Benutzungsverordnung)</b>	631	<b>Verordnung über Sicherheit und Gesundheitsschutz auf Baustellen (Baustellenverordnung)</b>	643
Allgemeines	631	Allgemeines	643
Arbeitgeberpflichten	632	Bauherrenpflichten	644
		Arbeitgeberpflichten	644



# Inhaltsverzeichnis

<b>Verordnung über Sicherheit und Gesundheitsschutz bei Tätigkeiten mit biologischen Arbeitsstoffen (Biostoffverordnung)</b>	644	Brand- und Explosionsschutz	667
Begriff „biologische Arbeitsstoffe“	644	Betriebsstörungen, Unfälle und Notfälle	667
Europäischer Hintergrund und Historie	645	Unterrichtung und Unterweisung	668
Mensch und biologische Arbeitsstoffe	645	Arbeitsmedizinische Vorsorge	668
Biologische Arbeitsstoffe im Arbeitsleben	646	Zusammenarbeit verschiedener Firmen	669
Systematik der Biostoffverordnung	646	Fünfter Abschnitt der Gefahrstoffverordnung (Verbote und Beschränkungen)	670
Anwendungsbereich	646	Sechster Abschnitt der Gefahrstoffverordnung (Vollzugsregelungen und Schlussvorschriften)	670
Gezielte und nicht gezielte Tätigkeiten	647	Vollzugsregelungen	670
Risikogruppen	647	Ausschuss für Gefahrstoffe	671
Schutzstufenkonzept	648	<b>Störfallvorsorge</b>	671
Gefährdungsbeurteilung	648	Allgemeines zur Störfallverordnung	672
<i>Informationsbeschaffung</i>	648	Neufassung der Störfallverordnung 2005	672
<i>Beurteilung der Gefährdung</i>	649	<i>Struktur der Störfallverordnung</i>	672
<i>Festlegung der Schutzmaßnahmen</i>	649	Allgemeine Vorschriften	672
<i>Dokumentation</i>	650	Vorschriften für Betriebsbereiche	674
Ausschuss für biologische Arbeitsstoffe und Technisches Regelwerk	650	<i>Grundpflichten</i>	674
Arbeitsmedizinische Vorsorge	650	<i>Erweiterte Pflichten</i>	674
<b>Verordnung über Arbeiten in Druckluft (Druckluftverordnung)</b>	651	Behördenpflichten	675
Allgemeines	651	<i>Anhänge zur Störfallverordnung</i>	675
Arbeitgeberpflichten	652	Beratung zur Störfallvorsorge	677
<b>Das Chemikaliengesetz</b>	653	<b>Das Gentechnikgesetz</b>	677
Schutzzweck	653	Einführung	677
Verordnungsermächtigungen	653	Regelungen des Gentechnikgesetzes zum Arbeitsschutz	678
Anmeldung neuer Stoffe	653	<b>Verordnung über die Sicherheitsstufen und Sicherheitsmaßnahmen bei gentechnischen Arbeiten in gentechnischen Anlagen (Gentechnik-Sicherheitsverordnung)</b>	680
Zukünftige Entwicklungen im europäischen Chemikalienrecht	653	<b>Geräte- und Produktsicherheit</b>	682
<b>Die Gefahrstoffverordnung</b>	654	Einführung	682
Einführung	654	Anwendungsbereich des Geräte- und Produktsicherheitsgesetzes	682
Erster Abschnitt der Gefahrstoffverordnung (Anwendungsbereich, Begriffsbestimmungen)	655	Verordnungen zum Geräte- und Produktsicherheitsgesetz	684
Anwendungsbereich	655	Inverkehrbringen und Kennzeichnen von Produkten	685
Gleitender Verweis	655	Durchführung des Gesetzes	687
Begriffsbestimmungen	656	<b>Schutz vor ionisierenden Strahlen</b>	689
Zweiter Abschnitt der Gefahrstoffverordnung (Gefahrstoffinformation)	657	Allgemeines	689
Dritter Abschnitt der Gefahrstoffverordnung (Allgemeine Schutzmaßnahmen)	657	Zuständige Behörde	689
Gefährdungsbeurteilung	657	Arbeitsmedizinische Vorsorge	689
Schutzstufenkonzept	659	<b>Verordnung über den Schutz vor Schäden durch ionisierende Strahlen (Strahlenschutzverordnung – StrlSchV)</b>	690
<i>Maßnahmenpaket der Schutzstufe 1</i>	662	Allgemeines	690
<i>Maßnahmenpaket der Schutzstufe 2</i>	663	Betreiberpflichten	690
Vierter Abschnitt der Gefahrstoffverordnung (Ergänzende Schutzmaßnahmen)	665		
<i>Maßnahmenpaket der Schutzstufe 3</i>	665		
<i>Maßnahmenpaket der Schutzstufe 4</i>	666		

Arbeitsmedizinische Vorsorge	691	ILO-Übereinkommen Nr. 121 über Leistungen	
Untergesetzliches Regelwerk	691	bei Arbeitsunfällen und Berufskrankheiten	
<b>Verordnung über den Schutz vor Schäden durch Röntgenstrahlen (Röntgenverordnung – RöV)</b>	691	vom 8. Juli 1964	707
Allgemeines	691	ILO-Empfehlung Nr. 121 betreffend Leistungen	
Geltungsbereich	691	bei Arbeitsunfällen und Berufskrankheiten	708
Aufbau der Röntgenverordnung	691		
Anwendung in der Medizin	691		
Arbeitsmedizinische Vorsorge	692		
Untergesetzliches Regelwerk	692		
<b>Arbeitsunfälle und Berufskrankheiten</b>	692		
Unfallstatistik	692		
Arbeitsunfälle	693		
Allgemeines	693		
„D-Arzt“-Verfahren	693		
Meldepflicht des Arbeitgebers	694		
Wegeunfälle	694		
Berufskrankheiten	694		
Allgemeines	694		
Historische Entwicklung der Berufskrankheiten	696		
Rechtliche Voraussetzungen für die Aufnahme einer Krankheit in die Liste der Berufskrankheiten (Anlage zur BKV)	696		
Ärztlicher Sachverständigenbeirat „Berufskrankheiten“ beim Bundesministerium für Arbeit und Soziales	700		
Wissenschaftliche Begründungen	700		
Einführung	700		
Schema zur Erarbeitung einer wissenschaftlichen Begründung	701		
Vorbemerkungen	701		
Gliederung einer Wissenschaftlichen Begründung	701		
Melde- und Anzeigepflichten von Berufskrankheiten	704		
Liste der Berufskrankheiten	705		
Europäische Liste der Berufskrankheiten	707		
		<b>8 ARBEITSGERICHTSBARKEIT</b>	719
		<b>Überblick</b>	719
		<b>Allgemeine Hinweise</b>	720
		<b>Zuständigkeit der Arbeitsgerichtsbarkeit</b>	720
		<b>Entwicklung der Arbeitsgerichtsbarkeit</b>	721
		<b>Die Organisation der Arbeitsgerichtsbarkeit</b>	722
		<b>Das Richteramt</b>	726
		<b>Verfahren vor den Arbeitsgerichten</b>	727
		Allgemeine Grundsätze des arbeitsgerichtlichen Urteilsverfahrens	727
		<i>Der Gang des arbeitsgerichtlichen Urteilsverfahrens</i>	728
		<i>Zwangsvollstreckung</i>	730
		<i>Mahnverfahren</i>	730
		<i>Einstweiliger Rechtsschutz</i>	730
		<i>Berufung</i>	731
		<i>Revision</i>	732
		Die Besonderheiten des arbeitsgerichtlichen Beschlussverfahrens	733
		<i>Beschwerde, Rechtsbeschwerde, Sprungrechtsbeschwerde</i>	734
		<i>Beschlussverfahren in besonderen Fällen</i>	734
		Streitwert und Kosten	734
		<i>Beratungs- und Prozesskostenhilfe, Beiordnung nach § 11a ArbGG</i>	735
		<b>STICHWORTVERZEICHNIS</b>	737

# 1

# Grundlagen des Arbeitsrechts

## Aufgaben des Arbeitsrechts

1 Zentrale Aufgabe des Arbeitsrechts ist seine **Schutzfunktion** für unselbständig tätige Arbeitnehmer. Grundgedanke des Arbeitsrechts ist, einen fairen Interessenausgleich zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern herbeizuführen. Das Arbeitsrecht ist darauf ausgelegt, Arbeitnehmern ein annähernd gleichgewichtiges Aushandeln der Löhne und Arbeitsbedingungen zu ermöglichen. Hinzu tritt die Aufgabe, zum Schutz der wirtschaftlich Schwächeren und in ihrer Existenzgrundlage weitgehend vom Lohn abhängigen unselbständig Beschäftigten, durch Mindestnormen Sicherheit zu schaffen. Für Arbeitnehmer bestimmt sich der Grad der Freiheit im Arbeitsverhältnis in hohem Maße an dem Grad der Sicherheit im Arbeitsverhältnis, insbesondere am Schutz vor dem Verlust des Arbeitsverhältnisses. Verlässliche und faire Arbeitsbedingungen sind auch eine wesentliche Voraussetzung für die Lebens- und Familienplanung der Arbeitnehmer.

2 Arbeitsbedingungen sind immer auch Wirtschaftsbedingungen für die Unternehmen. Das Arbeitsrecht hat deshalb auch die Wettbewerbsfähigkeit und die Anpassungsfähigkeit der Unternehmen zu berücksichtigen. Entscheidend ist, dass die Interessen von Arbeitgebern und Arbeitnehmern durch das Arbeitsrecht zu einem **angemessenen Ausgleich** gebracht werden können. Zum Ausgleich gehören auch Teilhaberechte über kollektive Interessenvertretungen, Sicherheit und Gesundheitsschutz bei der Arbeit, Erhaltung der Beschäftigungsfähigkeit der Arbeitnehmer durch lebenslanges Lernen, vor allem durch berufliche Weiterbildung, familienfreundliche Gestaltung der Arbeit sowie die Gleichstellung von Frauen und Männern in der Arbeitswelt. Diese Zielsetzung des Arbeitsrechts besteht unabhängig von der arbeitsvertraglichen Gestaltung und der gewählten Form des Arbeitsverhältnisses (Vollzeit/Teilzeit oder befristet/unbefristet).

3 Im deutschen Arbeitsrecht legen gesetzliche Regelungen zum Schutz des Arbeitnehmers regelmäßig nur **Mindeststandards** fest, die sich ihrerseits häufig an europäischen Rechtsnormen orientieren. Das Arbeitsrecht ermöglicht es Arbeitgebern und Arbeitnehmern, oberhalb der Mindeststandards durch einzelvertragliche Vereinbarungen oder Tarifverträge für Arbeitnehmer günstigere Arbeitsbedingungen zu schaffen. Arbeitgeber und Arbeitnehmer und auf der kollektiven Ebene die Tarifvertragsparteien haben damit einen erheblichen Gestaltungsspielraum, um Regelungen zu vereinbaren, die im konkreten Fall den Interessen von Arbeitnehmern und Unternehmen gerecht werden. Auf diese Weise stellen arbeits- und tarifvertragliche Normen einen Ausgleich zwischen der Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen und dem Schutz der Arbeitnehmer her. Das Arbeitsrecht setzt damit den Rahmen für eine flexible und moderne Arbeitsorganisation. Das geltende Arbeitsrecht ermöglicht es, den erforderlichen **Ausgleich** zwischen Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen und Arbeitnehmerschutz zu schaffen und ihn entsprechend den Veränderungen der Arbeitswelt ständig neu zu justieren.

## Grundbegriffe des Arbeitsrechts

### Arbeitnehmer/Arbeitgeber

4 Entscheidend für die Anwendung des Arbeitsrechts sind die Begriffe des Arbeitnehmers und des Arbeitgebers. Als **Arbeitnehmer** gelten Personen, die aufgrund eines Vertrages einem anderen für eine gewisse Dauer zur Arbeitsleistung verpflichtet sind. **Arbeitgeber** ist jeder, der einen anderen als Arbeitnehmer beschäftigt. Arbeitgeber kann auch sein, wer selbst als Arbeitnehmer oder Beamter bei einem anderen Arbeitgeber oder Dienstherrn beschäftigt ist. Für die Arbeitgeberbereienschaft ist es unerheblich, ob der Arbeitgeber eine natürliche oder juristische Person (z.B.

GmbH), Privatperson oder eine öffentlich-rechtliche Person (z.B. Bundesland) ist.

### Arbeitsverhältnis/Arbeitsvertrag

5 Für die Anwendung des Arbeitsrechts ebenso bedeutsam sind die Begriffe des Arbeitsverhältnisses und des Arbeitsvertrages. Ein **Arbeitsverhältnis** liegt vor, wenn jemand (der Arbeitnehmer) aufgrund eines privatrechtlichen Vertrages (des Arbeitsvertrages) im Dienste eines anderen (des Arbeitgebers) abhängige Arbeit leistet. Ein Arbeitsverhältnis kann ebenso bei einer hauptberuflichen wie bei einer nebenberuflichen Tätigkeit angenommen werden. Auch die Höhe des Arbeitsentgelts, die Tatsache einer Ausilstätigkeit, die Vertragsdauer oder der Umfang der Arbeitsleistung ist nicht allein dafür maßgebend, ob ein Arbeitsverhältnis vorliegt oder nicht (vgl. BAG v. 13. März 1987, DB 1987, S. 1320). Auch bei geringfügigen und kurzfristigen Beschäftigungsverhältnissen wird i.d.R. ein Arbeitsverhältnis vorliegen.

6 Das Arbeitsverhältnis wird durch den **Arbeitsvertrag** begründet. Mit Abschluss des Arbeitsvertrages verpflichtet sich der Arbeitnehmer zur Leistung der versprochenen Arbeit und der Arbeitgeber vor allem zur Zahlung der vereinbarten Vergütung. Der Arbeitsvertrag ist ein privatrechtlicher Vertrag über eine abhängige Dienstleistung.

7 Kriterien für die Feststellung einer **persönlichen Abhängigkeit** und damit für das Vorliegen eines Arbeitsvertrages sind insbesondere:

#### Weisungsrecht des Arbeitgebers

- persönliche und fachliche Bindung an Weisungen, z.B. Unterordnung unter Vorgesetzte,
- zeitliche Weisungsgebundenheit, z.B. Möglichkeit des Arbeitgebers in einem bestimmten Rahmen über die Arbeitszeit des Arbeitnehmers zu verfügen,
- örtliche Bindung der zu erbringenden Arbeitsleistung.

#### Eingliederung in den Betrieb

- fremdbestimmte Arbeitsorganisation,
- die für den störungsfreien Betriebsablauf unverzichtbare und eingeplante Arbeitsbereitschaft,
- Notwendigkeit einer ständigen engen Zusammenarbeit mit anderen Arbeitnehmern.

8 Der Arbeitsvertrag ist vom freien oder selbständigen Dienstvertrag zu unterscheiden. Das maßgebende Unterscheidungsmerkmal des Arbeitsvertrages zum **freien oder selbstständigen Dienstvertrag** ist die sog. persönliche Abhängigkeit des Arbeitnehmers. Zwar bringt jede Dienstleistung eine gewisse Abhängigkeit mit sich, im freien Dienstvertrag kann der Dienstnehmer jedoch seine Tätigkeit im Wesentlichen frei gestalten und seine Arbeitszeit bestimmen.

#### Beispiele:

- Beratung durch einen Rechtsanwalt
- Untersuchung und Beratung durch einen Arzt

Ob eine Tätigkeit in persönlicher Abhängigkeit oder selbstständig ausgeübt wird, ist nach der Rechtsprechung des Bundesarbeitsgerichts aufgrund einer Gesamtwürdigung aller Umstände des Einzelfalles zu beurteilen; dabei kommt es maßgeblich jedoch weniger auf vertragliche Formulierungen als auf die tatsächliche Ausgestaltung und Durchführung des Vertragsverhältnisses an. Wer in persönlicher Abhängigkeit Dienste leistet, ist auch dann Arbeitnehmer, wenn das Rechtsverhältnis im Dienstvertrag als freies Mitarbeiterverhältnis bezeichnet wird (z.B. BAG v. 12. September 1996, DB 1996, S. 2083).

9 Der Arbeitnehmer ist aufgrund des Arbeitsvertrages nur zu einer bestimmten Tätigkeit verpflichtet, also zu einem „Wirken“, nicht aber zur Herstellung eines bestimmten Werkes. Wenn ein bestimmter Erfolg geschuldet ist, ohne dass es auf die dafür notwendige Arbeit ankommt, handelt es sich um einen Werkvertrag. Die Erfüllung eines **Werkvertrages** stellt eine selbstständige Tätigkeit dar.

#### Beispiele:

- Bauplanung durch den Architekten,
- Beförderung von Personen und Gütern,
- Herstellung eines tauglichen EDV-Programms.

### Handels- und Versicherungsvertreter

10 **Handelsvertreter** ist, wer als selbstständiger Gewerbetreibender ständig damit betraut ist, für einen anderen Geschäfte zu vermitteln oder in dessen Namen abzuschließen (§ 84 Abs. 1 Satz 1 HGB). Angestellter Vertreter ist dagegen, wer diese Aufgaben hat, ohne selbstständig zu sein (§ 84 Abs. 2 HGB).